

türkei infodienst

Nr. 40

Erscheint 14-tägig

11.10.1982

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 24.9.1982

In Staatsbetrieben wird die Beschäftigtenzahl reduziert

Das Finanzministerium hat bei der Vorbereitung des Staatshaushaltes 1983 die Reduzierung der Beschäftigtenzahl in den Staatsbetrieben im Prinzip angenommen. Für 40 Staatsbetriebe wurde ein Etat von 265 Milliarden TL vorgesehen. Damit wurden die Forderungen der 5 Staatsbetriebe an den Staat um 130 Milliarden TL gekürzt. Wie das Finanzministerium mitteilte, war bei der Kürzung des Jahresetats der Staatsbetriebe die Überlegung von entscheidender Bedeutung gewesen, die Betriebe zu profitbringender Produktion zu zwingen.

Cumhuriyet vom 24.9.1982

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf ist 1982 von 1291 Dollar auf 1216 Dollar zurückgegangen

Das Staatliche Statistikinstitut rechnete nach vorliegenden Zahlen der ersten Jahreshälfte des Bruttosozialprodukts aus. Nach der zweiten provisorischen Schätzung beträgt das Bruttosozialprodukt in absoluten Erzeugerwerten gemessen 8.735.963 Millionen TL; gemessen an den fixen Preisen des Jahres 1968 beträgt das Bruttosozialprodukt 224.070,1 Millionen TL. Damit geht dieses um 5,9% von 1.291 auf 1.216 Dollar zurück.

Cumhuriyet vom 24.9.1982

Unsere Schulden und ihre Zinsen betragen 20 Milliarden Dollar

Das Finanzministerium erklärte, daß die Auslandsschulden der Türkei 20,53 Milliarden Dollar betragen. Davon sind 15,3 Milliarden Dollar Stammkapital und 5,2 Milliarden Dollar Zinsen. Hier nicht inbegriffen sind die Schulden an den IWF, die sich auf 1,1 Milliarden Dollar beziffern.

Der größte Gläubiger der Türkei ist mit 2 Milliarden Dollar die Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von den USA mit 1,7 Milliarden Dollar, Frankreich mit 550 Mio. Dollar und England mit 390 Mio. Dollar.

Cumhuriyet vom 1.10.1982

Inflation der ersten 9 Monate in den Küchen 23%

Das Rätsel des Beamten: Nach den Gehaltserhöhungen gemäß Staatshaushalt 1983 beträgt das Nettogehalt eines Beamten 1. Kategorie knapp 26.000 TL ohne Sonderprämien. Die Ausgaben einer Familie in Istanbul mit 4 Mitgliedern belaufen sich aber schon im Monat Oktober nur

für Ernährung auf über 26.000 TL.

Artikel	Menge/Monat	Preis 1.9.	Preis 1.10.
Schafsk.	4kg	1.250	1.250
Oliven	5kg	450	450
Eier	90 Stück	1.080	1.170
Zucker	6kg	540	540
Tee	800gr	400	400
Brot	65 Stück	1.300	1.300
Reis	44kg	680	640
Nudeln	2kg	220	220
Mehl	3kg	225	225
Kartof.	8kg	320	320
Milch	15kg	1.050	1.050
Yoghurt	15kg	2.100	2.100
Fleisch	15kg	9.300	9.450
Trocken-			
gemüse	4,5kg	765	765
Gemüse	30kg	1.500	1.650
Obst	30kg	2.250	2.250
Zwiebel	6kg	270	180
Margar.	2kg	350	350
Sonnen-			
blumenöl	2kg	390	390
Olivenöl	1kg	250	250
Butter	0,5kg	380	380
Butan-			
gas	1 Behälter	830	830
Summe		26.170	26.430

Cumhuriyet vom 2.10.1982

Die Löhne der Arbeiter und die Preiserhöhungen in den letzten 5 Jahren

	1977	1982	Anstieg%
Tagesbruttolohn			
ei. soz. vers. Arbeiter	146,5	664,5	354
Reis	23,5	160	584
Grütze	8,0	70	775
Nudeln	10,0	110	1.000
Kartoffeln	5,0	40	700
W.Bohnen	17,5	170	871
Kichererbsen	16,0	126	650
Zwiebeln	5,7	35	514
Zucker	8,2	87,5	967
Hammelfleisch	70	500	614
Rindfleisch	70	500	614
Huhn	41,5	350	743
Eier	1,7	12	606
Oliven	47,5	350	637
Olivenöl	26,5	250	843
Schafskäse	45,2	380	741

Käse	79	700	786
Kaffee(ungem.)	150	1.500	900

Die Angaben für 1977 sind Durchschnittswerte; die Angaben für 1982 beziehen sich auf Ende April; Quellen: Jahresbericht (1981) der Zentralbank, statistisches Bulletin des staatlichen Statistikinstitutes, Angaben der Sozialversicherung.

BRD

Hürriyet vom 26.9.1982

„Die Belagerung der NPD“ erfolgreich beendet

Eine von Ausländerfreunden angeführte einwöchige „Belagerungsaktion“ wurde erfolgreich beendet. Etwa 100 Lehrer und Gewerkschafter belagerten eine Woche lang die NPD-Zentrale in Wattenscheid und erreichten damit, daß die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und der Politiker auf die Ausländerhetze der NPD gelenkt wurde. Während der Belagerung der NPD-Zentrale wurden 2 NPD'ler von eigenen Freunden verprügelt. Nachdem ihre ausländerfeindlichen Transparente verbrannt wurden, machten sich am letzten Tag der Belagerung unter den NPD-Mitgliedern Auflösungserscheinungen bemerkbar. Während ein Teil der NPD-Mitglieder, die ihre Zentrale nicht betreten konnten, Angriffe auf die Demonstranten planten, versuchte eine andere Parteigruppe, sie von diesem Vorhaben abzuhalten. Bei Auseinandersetzungen unter den NPD-Mitgliedern wurden dann einige von ihnen verletzt.

Hürriyet vom 28.9.1982

Das Manifest „Freundschaft mit Ausländern“ wurde herausgegeben

Auf dem traditionellen Oktoberfest in München wurde der 13 Opfer der Sabotageaktion gedacht, die vor zwei Jahren starben. Außerdem hat die Initiativgruppe „Stoppt den Nazi-Terror“ ein Manifest herausgegeben, um gegen diese Aktion zu protestieren, an der auch Ausländerfeinde beteiligt gewesen sein sollen. Die Gruppe „Stoppt den Nazi-Terror“ hat in ihrem Manifest gegen die Ausländerfeindlichkeit protestiert und ihre Unterbindung gefordert. Ferner schlug sie vor, die Freundschaft und Zusammenarbeit unter Deutschen und Ausländern zu intensivieren. Es wurde hervorgehoben, daß das Manifest „Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Freundschaft und Zusammenarbeit“ als Gegenstück zum ausländerfeindlichen Heidelberger Manifest von 13 Professoren verfaßt wurde. An dem Symposium das zu diesem Zweck von der Initiativgruppe veranstaltet wurde, nahmen 60 Wissenschaftler, Kirchenvertreter, Schriftsteller, Gewerkschafter und Vertreter der Jugendorganisationen teil.

Tercüman vom 29.9.1982

Das Gesetz „Kampf gegen die Neo-Nazis“ auf der Tagesordnung

Obwohl die Regierung Schmidt eine Minderheitsregierung ist, setzte sie das Gesetz über den „Kampf gegen

die Neo-Nazis“ auf die Tagesordnung. Justizminister Jürgen Schmude erklärte, daß das Kabinett über das Gesetz auf seiner Sitzung am Mittwoch debattieren wird. Das neue Gesetz erklärt alle Aktivitäten der Neo-Nazis zu einer Straftat. Neben den Gewalttaten der Neo-Nazis wird nun auch ihre Propaganda als Straftat betrachtet.

Tercüman vom 29.9.1982

Generalkonsulat hat gegen das Programm „Türkei in Köln“ protestiert

An der „Türkischen Kulturwoche“, die vom 29.9.-9.10. unter dem Namen „Türkei in Köln“ von der Kölner Stadtverwaltung veranstaltet wird, nehmen auch türkeifeindliche linksextreme und separatistische Organisationen teil. Dies führt zu Protesten bei unseren Landsleuten. Unser Kölner Generalkonsulat hat mit der Unterschrift des Generalkonsuls İlhan Kiciman eine Erklärung abgegeben, in der gegen die politische Betätigung während der Türkischen Woche protestiert wird. Die Erklärung lautet in vollem Wortlaut:

Bekanntmachung für die in Köln wohnhaften türkischen Staatsangehörigen

Nachdem wir in Erfahrung gebracht haben, daß die Kölner Stadtverwaltung vom 29.9.-9.10. unter dem Namen „Türkei in Köln“ eine türkische Kulturwoche durchführen will, haben wir wiederholt die Initiative ergriffen und auf den Charakter der Veranstaltung aufmerksam gemacht. Trotzdem hat die Kölner Stadtverwaltung die Zusammenarbeit mit uns verweigert.

Das Kölner Generalkonsulat hat mit dem Programm dieser Veranstaltung nichts zu tun. Das Programm ist leider von Politik durchsetzt, was zur Ausnutzung Anlaß geben wird und wir deshalb das Programm nicht begrüssen können. Wir protestieren gegen das Programm der sogenannten „Türkischen Kulturwoche“ in Köln und erklären die Kölner Stadtverwaltung dafür verantwortlich.

İlhan Kiciman, Generalkonsul

Tercüman vom 29.9.1982

Die Woche „Türkei in Köln“ wird wieder von Flüchtlingen ausgenutzt

Die Bemühungen der kommunistischen und separatistischen Zentren, aus der Woche „Türkei in Köln“, die unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Norbert Burger steht, eine rotes Festival zu machen, konnte nicht verhindert werden.

Die Tatsache, daß in dieser Woche auch die Filme des geflohenen Mörders Yılmaz Güney vorgeführt werden sollen, wurde unter den in der Fremde arbeitenden Landsleuten mit Protest aufgenommen. Nachdem sie erfahren haben, daß an den Veranstaltungen auch der linke Schriftsteller Yasar Kemal teilnimmt und in einer Programmbroschüre in typischer separatistischer Manier von Schriftstellern und Künstlern aus der Türkei gesprochen wird, erlosch ihr Interesse an der Woche „Türkei in Köln“. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß die Aufnahme der Vorführung der separatistischen Folkloregruppe „KOMKAR“ ins Programm eine gefährliche Entwicklung sei, die zu Spannungen unter den türkischen Arbeitern führen könnte.

Demokratisierung

Tercüman vom 27.09.1982

Wer sich am Referendum nicht beteiligt, verliert sein aktives und passives Wahlrecht für 5 Jahre

Der Nationale Sicherheitsrat hat das Gesetz bezüglich der Volksabstimmung am 7. November über die Verfassung mit Abänderungen verabschiedet. Er fügte die Bestimmung wieder ein, daß Personen, die sich ohne ausreichende Entschuldigung nicht an der Abstimmung beteiligen, Sanktionen bekommen. Das Gesetz bekam durch Veröffentlichung im Amtsblatt Rechtskraft.

Demnach können Äußerungen zur Verfassung bis zum Abend des 24. Oktober gemacht werden. Wie die Verfassung der Bevölkerung vom 25. Oktober an vorgestellt und erläutert wird, legt der Nationale Sicherheitsrat fest. Bei der Abstimmung werden die Befürworter der Verfassung weiße Zettel mit der Aufschrift 'Einverständnis' (Kabul) und die Ablehner der Verfassung blaue Zettel mit der Aufschrift 'Ablehnung' (Red) verwenden. Wer sich trotz Aufführung in der Wählerliste ohne triftige Entschuldigung nicht an der Abstimmung beteiligt, wird für die Dauer von 5 Jahren bei keiner Wahl oder Volksabstimmung mitstimmen oder kandidieren dürfen.

Tercüman vom 01.10.1982

Aldikacti: 'Ich habe nie daran gedacht, ein Politiker zu sein, aber man kann nie wissen'

Auf die Frage ob er an eine politische Karriere denke, antwortete der Vorsitzende der Verfassungskommission in der Beratenden Versammlung, Prof. Orhan Aldikacti: *'Daran habe ich nie gedacht. Aber man kann nie wissen, vielleicht später. Man weiß nie, was morgen ist.'*

Auf die Frage, wie er sich einen idealen Politiker vorstelle, sagte er: *'Es muß zunächst einmal eine Person sein, die an die laizistischen Prinzipien von Atatürk glaubt. Außerdem muß ein Führer jemand sein, der zeitgenössisch ist, sein Volk gut kennt und die Menschen liebt.'*

Tercüman vom 03.10.1982

Evren: 'Wer uns vertraut, der sagt 'JA' zu unserer Verfassung'

Staatspräsident Kenan Evren hat in Begleitung der Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates, Orgeneral Ersin, Kommandant des Heeres, Orgeneral Sahinkaya, Kommandant der Luftwaffe und Orgeneral Celasin, Kommandant der Gendarmerie, in Burdur und Isparta Untersuchungen angestellt. Bei dieser Gelegenheit hielt er Ansprachen an die Bevölkerung, in denen er u.a. folgendes sagte:

'Die Arbeiten zur Ausarbeitung der Verfassung werden zum 20. Oktober hin abgeschlossen sein. Es gibt welche, die hinter die Glückwunschkarten 'Nein der Verfassung' geschrieben haben. Schickt sie zu uns, damit wir gegen sie kämpfen können, wie wir gegen die Anarchisten gekämpft haben. Was auch immer für die Verfassung veröffentlicht wurde, sie sind gegen alles gewesen. Nach ihrer Ausdrucksweise haben sie (die Verfassung) bombardiert. Das sollen sie ruhig weiter tun. Wir werden auch mit dem uns entsprechenden Bombardement an die Reihe kommen. Sie haben entweder die Verfassung von 1961 vorbereitet oder unterstützt. Deswegen werden sie natürlich gegen jede Art von Verfassung sein, egal wie sie aussieht.'

Cumhuriyet vom 05.10.1982

Bayar hat einen Brief an Evren geschickt

Wie verlautete hat der ehemalige Staatspräsident Celal Bayar am 2. Feiertag durch seinen Schwiegersohn einen 2-seitigen Brief an den Staatspräsidenten Kenan Evren geschickt, der seinen Urlaub in Antalya verbrachte. In dem Brief lobt Celal Bayar zunächst das erfolgreiche und rechtzeitige Eingreifen der Armee und kritisiert sodann die Übergangsartikel. Er äußert den Wunsch, daß die Übergangsartikel noch einmal überprüft werden. Wenn die Übergangsartikel in dieser Form verabschiedet werden, wird der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Orgeneral Kenan Evren, für die Dauer von 7 Jahren Staatspräsident sein.

Internationale Beziehungen

Hürriyet vom 01.10.1982

Türkmen: 'Wir sind mit dem Europaparlament unzufrieden'

Auf einer Pressekonferenz, die der Außenminister Türkmen anlässlich seiner Beteiligung an der 37. Vollversammlung der UN in New York abhielt, sagte er, daß er in seiner Rede vor allem auf das Thema 'Terror' eingehen werde. Wörtlich sagte er:

'Als Türkei sind wir mit dem Europaparlament unzufrieden. Die Parlamentarier müssen in Bezug auf ihre bis heute verfolgte Politik Klarheit schaffen. Es ist eine Tatsache, daß die Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht sich unter politischem Druck befindet. Die Haltung der europäischen Ländern gegenüber der Türkei rührt im wesentlichen aus ihrer inneren Situation her.'

Milliyet vom 02.10.1982

Shultz: 'Die USA sind entschlossen, der Türkei noch mehr Hilfe zukommen zu lassen'

Am Rande der UN-Vollversammlung in New York trafen der Außenminister der USA, George Shultz, und der türkische Außenminister İler Türkmen für eine halbe Stunde in einem Hotel zusammen. Das erste Treffen der zwei Außenminister soll nach Auskunft der Sprecher beider Seiten in einer 'freundlichen Atmosphäre' stattgefunden haben. Bei diesem Gespräch soll der US-Außenminister Shultz dem türkischen Außenminister versichert haben, daß er alles in seinen Kräften stehende unternehmen werde, damit der Kongreß die nötigen Mittel bewillige, um die Armee der Türkei modernisieren zu können. Der Sprecher des US-Außenministers gab nach der Unterredung bekannt, daß Shultz die Rolle der Türkei in Richtung auf Sicherung der Stabilisierung in der Region

nach Kräften unterstützen werde und er befriedigt zur Kenntnis genommen habe, daß die Türkei den Friedensplan von Reagan unterstütze.

Hürriyet vom 03.10.1982

Der Europarat befaßte sich mit der Türkei

Der politische Ausschuß hat sich im Vorfeld der Beratungen in der Vollversammlung des Europarates am 6./7. September (vermtl. Oktober; t.i.) unter dem Vorsitz der als Türkenfeind bekannten Griechin Lady Fleming versammelt, um die allgemeine Haltung bei den Debatten festzulegen. Der Türkeiiberichtersteller machte vor der Versammlung darauf aufmerksam, daß es nicht darum gehe, ob die Verfassung demokratisch sei oder nicht, sondern daß zu prüfen sei, ob zur Verhinderung einer ähnlichen Situation wie vor dem 12. September genügend Maßnahmen ergriffen worden seien oder nicht. Der Vorsitzende des politischen Ausschusses, Thomas Urwing, sagte: *'Da der endgültige Text der Verfassung nicht feststeht, befinden wir uns in einer Leere. Wir können keine Einschätzung vornehmen. Wenn die Versammlung des Europarates Ende Oktober stattgefunden hätte, dann wäre die Situation eine andere.'*

Tercüman vom 04.10.1982

Türkmen. 'Wir setzen uns für den Frieden in der Region ein'

Bei einem inoffiziellen Treff der Außenminister in der NATO in der Stadt Montreal in Kanada traf sich der Außenminister Ilter Türkmen mit dem griechischen Außenminister Yani Haralambopoulos. Die Begegnung mit dem griechischen Außenminister, der in den vergangenen Tagen eine antitürkische Rede gehalten hatte, war nur sehr kurz.

Außerdem traf Türkmen mit dem Generalsekretär der Islamischen Konferenz, Habib Satti, zusammen. Er machte darauf aufmerksam, daß der lang andauernde Krieg zwischen Iran und Irak den Frieden in dem Gebiet bedrohe und ständige Unruhe und Anspannung verursache. Der Außenminister sagte auch, daß Israel eine Bedrohung für den Frieden in der Region sei.

Tercüman vom 06.10.1982

Die Außenminister werden sich zum türkisch-griechischen Dialog im Dezember in Brüssel treffen

Außenminister Ilter Türkmen hat nun in Bezug auf das Gespräch mit dem griechischen Außenminister in Montreal eine Erklärung abgegeben. In der Erklärung zu dem 40 Minuten langen Gespräch heißt es:

'Entsprechend den Erklärungen in Athen und Ankara am 22. Juli 1982 haben sich die türkischen und griechischen Außenminister am 3. Oktober 1982 in Montreal getroffen. Sie haben ihre Entschlossenheit betont, die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiterzuentwickeln. ... Beide Minister kamen überdies darin überein, sich in Brüssel erneut im Dezember 1982 zu treffen.'

Tercüman vom 06.10.1982

Die Hilfen der Bundesrepublik an die Türkei hat Genscher verhindert

Der Türkeiiberichtersteller der juristischen Kommission im Europarat der deutsche SPD'ler Hans Bardens hat als einzigen Schuldigen an der Verzögerung der Türkeihilfe den Außenminister im Kabinett Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, beschuldigt.

Bardens, der daran erinnerte, daß diese Hilfe in drei Schichten ausgezahlt werden sollte, führte aus, daß die Militärhilfe weitergehe, daß aber die Wirtschafts- und vielseitige Hilfen aufgrund der Haltung Genschers nicht zur Auszahlung gekommen seien. Zur Begründung führte Bardens aus: *'Es ist bekannt, daß Genscher dem Parlament bezüglich der Redemokratisierung der Türkei ständig Berichte vorlegen sollte. Obwohl er mehrmals daran erinnert wurde, hat er es seit Juni nicht mehr gemacht.'* Wie bekannt haben sich die Länder, die im Rahmen der OECD Hilfen an die Türkei leisten, in diesem Jahr darauf geeinigt, kein Treffen abzuhalten, sondern die Höhe der Hilfe dem Sekretär der OECD mitzuteilen. Bislang haben die USA 350 Millionen, Italien 120 Millionen Dollar und Belgien 300 Millionen belgische Franken als Hilfe zugesagt. Großbritannien hat grundsätzlich eine Unterstützung zugesagt, aber sich in der Höhe nicht festgelegt.

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 21 Menschen hingerichtet.

b) TODESSTRAFEN

Hürriyet vom 08.10.1982

Die Todesstrafe gegen Ekmekciyan wurde bestätigt

Die Todesstrafe gegen den armenischen Terroristen Ekmekciyan, der wegen des Überfalls auf den Flughafen Esenboga nach dem § 125 zum Tode verurteilt worden war, wurde jetzt durch das militärische Revisionsgericht bestätigt. Wenn das Todesurteil noch durch die Beratende Versammlung und den Nationalen Sicherheitsrat bestätigt wird, wird er aufgehängt.

Vor den Gerichten der Türkei wurden bis zum 08.10.82 150 Todesurteile gefällt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

02.10.1982	16 Linke	in Diyarbakir
08.10.1982	5 Linke	in Istanbul

Seit dem 12.09.1982 wurden vor den Kriegsgerichten der Türkei in 4.716 Fällen die Todesstrafe beantragt.

WIDERSTAND

Cumhuriyet vom 26.09.1982

Die Arbeiter, die ihre Prämie nicht erhielten, verließen die Firma nicht

150 Arbeiterinnen, die in der Komiteks-Firma Militär- und Arbeiterkleidung herstellen, haben am Vortage die Firma in Tarsus nicht verlassen, als ihnen die Feiertagsprämie nicht ausgezahlt wurde. Die Firmenleitung gab vor, daß der Scheck für die nach Deutschland gelieferten Arbeitsanzüge in Höhe von 8 Millionen Lira nicht eingetroffen sei und sie deshalb die Prämie nicht auszahlen könnten. Sie versprachen die Prämie in Höhe von 500.000 Lira in gleichen Stücken an die Arbeiterinnen auszuzahlen. Da sich die Arbeiterinnen damit nicht zufrieden gaben, wurde die Gendarmerie angefordert. Auf Intervention des Gendarmeriekommandanten wurden eine Einigung erzielt und die Arbeiterinnen konnten nach Hause gehen.

d) PROZESSE

Hürriyet vom 25.09.1982

Im Verfahren gegen die Friedensvereinigung wurde über Semra Özdamar diskutiert

Im Verfahren gegen die Friedensvereinigung wurde mit der Befragung des Vorsitzenden der Istanbuler Anwaltskammer, Orhan Apaydin, fortgefahren. In der Verhandlung meldete sich der Verteidiger und Bruder des Angeklagten zu Wort und forderte Aufklärung darüber, warum die Mitangeklagte und Schauspielerin Semra Özdamar nicht zu den Verhandlungen erscheine. Sie sei auch schon in dem Prozeß gegen die TKP nicht festgenommen worden und man höre Meinungen, daß sie Verbindungen zur MHP besitzen würde. Daraufhin meldete sich der Angeklagte Apaydin zu Wort und gab an, daß er die Künstlerin geworden habe, damit sie auf Veranstaltungen auftrat. Er selber schloß aus, daß die Künstlerin, mit der er gemeinsam aufgewachsen sei, sich gegen die Ziele der Friedensvereinigung ausgesprochen habe. Er vermutete vielmehr, daß ihre Aussage auf nicht rechtmäßigem Wege zustande gekommen sei. Die Angeklagte Reha İsvan, die Frau des ehemaligen Bürgermeisters von Istanbul, sagte, daß sie nicht um ihre Freilassung bitten werde, da sie auf jeden Fall grundlos eingesperrt worden sei und die Leute sich Gedanken dazu machen sollten, die das zu verantworten haben.

Hürriyet vom 27.09.1982

Semra Özdamar gab eine Antwort

Semra Özdamar beantwortete die Beschuldigungen, die der Anwalt von Orhan Apaydin, Burhan Apaydin, im Verfahren gegen die Friedensvereinigung gegen sie erhoben hatte. In einer schriftlichen Erklärung sagte sie hierzu, daß sie nicht wisse, aus welcher Quelle die Beschuldigungen stammen würden, daß sie aber in jedem Fall sehr häßlich seien.

Tercüman vom 02.10.1982

Gegen die Leiter der CHP wird kein Verfahren eröffnet

Wie es heißt, wird gegen die Leiter der aufgelösten Republikanischen Volkspartei, CHP, kein Verfahren wegen des Vorwurfes der Verbindung zu illegalen linken Organisationen eröffnet. Die Militärstaatsanwaltschaft bei der Kriegsrechtskommandantur in Ankara gab bekannt, daß sie das Verfahren eingestellt hat.

Durch zwei getrennte Anträge hatten die Anwälte im MHP-Verfahren eine Untersuchung gegen die ehemaligen Leiter der CHP eingeleitet. Neben diesen 25 bzw. 79 Seiten umfassenden Anträgen war von der Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul eine Verbindung zum Gewerkschaftsverband DISK behauptet worden. Die Militärstaatsanwaltschaft in Ankara hat jetzt in beiden Fällen die Untersuchung abgeschlossen. Wegen Mangels an Beweisen wurden deshalb jetzt die Verfahren eingestellt.

Tercüman vom 03.10.1982

Gegen Türkes wird am 5. und gegen Ecevit wird wieder am 12. Oktober verhandelt werden

Am Dienstag, dem 12. Oktober wird der Prozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden der aufgelösten CHP, Bülent Ecevit, wegen eines Interviews mit einer norwegischen Zeitung fortgeführt. In dieser Verhandlung wird die Aussage des Reporters Jan Stage verhandelt werden. Der Prozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden der aufgelösten MHP, Alparslan Türkes, und seine Freunde wird am 5. Oktober fortgeführt werden. In der Verhandlung werden die Dokumente untersucht werden.

Milliyet vom 28.09.1982

Auf den Antrag der Freilassung von Ecevit kam keine Antwort

Der Verteidigungsminister hat auf den Antrag der Anwälte des ehemaligen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CHP, Bülent Ecevit, auf Freilassung nach Anrechnung der zuvor verbüßten Haft von 54 Tage bisher keine Antwort geschickt. Dies ist schon der zweite Antrag in diese Richtung an den Verteidigungsminister, nachdem die Anwälte zuvor vor den Militärgerichten negative Bescheide erhalten hatten.

Hürriyet vom 25.09.1982

Sie stürzte sich aus dem 4. Stock

Die 33-jährige Ines Rumpf (Rumpf?) hat sich durch einen Sturz aus dem 4. Stock des Polizeipräsidiums in Bursa, in das sie wegen ausfälligem Verhalten gebracht worden war, selbst getötet. Die Staatsanwaltschaft leitete unterdessen eine Untersuchung wegen des Todes der Frau ein, die vermutlich drogenabhängig war.

Ines Rumpf war nach einer Reise nach Afghanistan zusammen mit Freunden in die Türkei gekommen. Nachdem sie sich einige Zeit in Istanbul an der Blauen Moschee (bekannte Hippie-Treffpunkt, t.i.) aufgehalten hat-

te, war sie nach Bandirma gekommen. Da sie aggressiv gegen ihre Umgebung wurde, hat man sie zunächst auf die Polizeiwache in Bandirma und von dort in ein Hotel in Bursa gebracht. Als sie hier wieder um sich schlug, wurde sie in das Polizeipräsidium gebracht. Hier hat sie sich einen Augenblick aus den Händen der Polizei befreien können und sich aus dem 4. Stock auf den Beton gestürzt. Die Leiche wird zur Überführung nach Deutschland dem deutschen Konsulat in Istanbul ausgehändigt.

Cumhuriyet vom 02.10.1982

Im Verfahren TKP/ML-TIKKO von Diyarbakir werden 16 Todesstrafen gefordert

In den kommenden Tagen wird das Verfahren gegen 81 Angehörige der TKP/ML-TIKKO beginnen, von denen 16 nach dem § 146/1 mit dem Tode bestraft werden sollen. In der 44 Seiten umfassenden Anklageschrift werden 21 verschiedene Aktionen aufgeführt, für die die übrigen Angeklagten eine Strafe zwischen 1 und 36 Jahren bekommen sollen.

Cumhuriyet vom 03.10.1982

5 Anwälte werden wegen der Verteidigung vor Gericht angeklagt

5 Anwälte werden vor der Strafkammer in Konya angeklagt, weil sie in ihrer Eigenschaft als Verteidiger die Grenzen der Verteidigung überschritten und die Sicherheits- und Schutzkräfte des Staates diskriminiert und beleidigt haben sollen.

Die 5 Anwälte hatten in einem gemeinsamen Verteidigungsschreiben den Satz: *'Es ist unausweichlich, daß die Beweismittel, die mit unmenschlichen und ungesetzlichen Methoden von der Polizei zum Unterzeichnen vorgehalten wurden, und die ein Grund zum Schänden sind, aus den Akten entfernt werden.'*

Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft in Konya erfüllen diese Worte der Anwälte Zeki Oruc Arel, Nihat Toktay, Ismail Sami Cakmak, Mehdi Bektas und Ihsan Dogru den Straftatbestand der §§ 159/1 und 173/.

Cumhuriyet vom 05.10.1982

Der Journalist Albayrak wurde ins Gefängnis gesteckt

Der Journalist der 'Milli Gazete', Sadik Albayrak, mußte seine durch das Militärgericht Istanbul angeordnete Haftstrafe von 16 Monaten im Gefängnis Silivri antreten. In seinem Buch: 'Hilafet und die Moslems des Hilafet' hatte er gegen den § 163/4 verstoßen und war mit 16 Monaten Haft bestraft worden. Der Prozeß hatte am 20.08.80 begonnen und war im Dezember des Jahres abgeschlossen worden. Der Widerspruch gegen das Urteil hatte keinen Erfolg gebracht.

Cumhuriyet vom 06.10.1982

Gegen Prof. Aren wurde ein Verfahren eröffnet

Wegen seiner 70 Seiten umfassenden Vorlesungsnotizen über 'Makroökonomie' war ihm der Vorwurf der Kommunismuspropaganda gemacht worden. Die Militärstaatsanwaltschaft von Ankara fordert deshalb gegen ihn laut § 142/1,4,5 eine Haftstrafe zwischen 5 und 20 Jahren. Professor Sadun Aren ist seit dem 20.08.1982 inhaftiert.

Hürriyet vom 08.10.1982

Ein neues Dev-Yol Verfahren mit 58 Angeklagten begann

Vor dem Kriegsgericht-Nr. 1 in Istanbul beginnt ein neues Verfahren gegen 58 Angehörige der ungesetzlichen Organisation mit Namen Devrimci Yol. Gegen 5 der Angeklagten wird die Todesstrafe gefordert. Durch Zusammenlegung mit dem Hauptverfahren von Istanbul hat sich die Zahl der Angeklagten auf 217 und die Zahl der geforderten Todesstrafen auf 35 erhöht.

Tercüman vom 08.10.1982

Die Verteidigung des DISK-Experten Ahmet Yildiz hat der ehemalige Staatsanwalt von Yassiada, Egesel, übernommen

Das Verfahren gegen 19 Experten der Gewerkschaftskonföderation DISK hat gestern in Istanbul begonnen. Gegen den Vorsitzenden der Volkshäuser, Ahmet Yildiz, und den Vorsitzenden der Architekten- und Ingenieursvereinigung TMMOB, Teoman Öztürk, wird die Todesstrafe verlangt. Von den übrigen Angeklagten haben 8 weitere die Todesstrafe zu erwarten. Es sind: Sükrü Özbayrak (Maden-Is), Erol Yalcin (Tekstil-Is), Mustafa Cengiz Acar (Yeni Haber Is), Ali Özkalioglu (Oleyis), Cetin Uygur (Yeralti Maden-Is), Sabahattin Topuz (DISK-Vertreter Schwarzes Meer), Ethem Erhan Taneri (Demokratische, linke Vereine) und Ercan Eyüpoglu (TÜMÖD). Gegen die übrigen Angeklagten, unter denen sich auch das Gründungsmitglied der TIP, Prof. Sadun Aren, befindet, werden Haftstrafen zwischen 5 und 15 Jahren gefordert.

Im Prozeß wurde festgestellt, daß sich auch der ehemalige Staatsanwalt von Yassiada, Ömer Altay Esegel, der gegen Menderes, Polatkan und Zorlu die Todesstrafe gefordert hatte, der Gründer und ehemalige Vorsitzende der TIP, Mehmet Ali Aybar und der Anwalt der Terroristen Deniz Gezmis und Yusuf Aslan, Halit Celenk, unter den Verteidigern befanden.

Cumhuriyet vom 02.10.1982

Anwalt wurde vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen

In den Verfahren gegen den Anwalt Ismail Cakmak, dem Beleidigung des Direktors des 1. Kommissariats in Ankara, Orhan Tashanlar, sowie der Polizeibeamten Nevzat Alpay und Süleyman Kuscü vorgeworfen worden war, wurde der Anwalt jetzt freigesprochen, nachdem der Zeuge ausgesagt hatte, daß in den Äußerungen des Anwalts kein Wort gefallen sei, daß als Drohung oder Beleidigung aufgefaßt werden könnte.

Auf der anderen Seite geht das Verfahren gegen die drei Sicherheitsbeamte wegen Mißhandlung und Folter an dem Anwalt Cakmak weiter.

Cumhuriyet vom 05.10.1982

Der Prozeß gegen 91 weibliche Gefangene ging weiter

In dem Verfahren gegen 91 weibliche Gefangene des Militärgefängnisses Mamak, das wegen Widerstandes gegen

die Staatsgewalt eröffnet worden war, wurde der geschädigte Soldat Metin Solmaz als Zeuge vernommen. Er sagte, daß er sich nach so langer Zeit nicht mehr an den Vorfall erinnere. In seiner Aussage vor der Militärstaatsanwaltschaft hatte der Soldat ausgesagt, daß sie auf Befehl des Gefängnisdirektors die Mädchen, die sich weigerten in ihre Zellen zu gehen, mit Gewalt in die Zellen gebracht haben.

Die Verteidiger stellten daraufhin den Antrag, den Gefängnisdirektor als Zeugen zu vernehmen, da schon vorher eine Zeugenschaft des Direktors Raci Tetik erwogen worden war. Das Gericht verkündete daß über die Ladung des Gefängnisdirektors als Zeugen in einer der nächsten Sitzungen entschieden werde.

Cumhuriyet vom 05.10.1982

Das TARIS-Verfahren wird am 8. Oktober beginnen

Der Prozeß gegen 153 Angeklagte im Zusammenhang mit den Vorfällen von TARIS wird am 8. Oktober vor dem Kriegsgericht in Izmir beginnen. Das Gericht forderte alle Angeklagten und Zeugen auf, zu diesem Termin zu erscheinen.

Die Vorfälle hatten mit der Besetzung der Garnfabrik Cigli am 7. Februar 1980 begonnen. Daraufhin wurde das Fabrikgelände am 8. Februar durch die Sicherheitskräfte umstellt. Am 9. Februar hatten die Angehörigen der Arbeiter alle Zufahrtswege zu der Fabrik gesperrt und es wurde bekannt, daß die Arbeitsverträge von 253 Arbeitern unter ihnen der Direktor und Arbeiter, die sich im Krankenhaus befanden, gekündigt worden waren. Auf Befehl des Gouverneurs von Izmir wurden dann die Barrikaden niedergewalzt und die Sicherheitskräfte versuchten auch die Fabrik zu stürmen. Von drinnen wurde aber mit Pistolen geschossen und Explosiva geworfen. Danach hatten dann die Panzer die Schlußoperation durchgeführt. In der Firma wurden viele Waffen gefunden und nach letzten Schätzungen soll sich der Schaden auf 1 Milliarde Lira belaufen.

e) VERHAFTUNGEN

Hürriyet vom 25.09.1982

Zwei TKP'ler bei Flucht nach Griechenland gefaßt

Zwei TKP-Militante, die zu den türkischen Anarchisten gelangen wollten, die in letzter Zeit in Griechenland von sich reden machen und dort geschützt werden, wurden bei dem Versuch mit einem Plastikboot die Insel Meis zu erreichen, gefaßt. Bei den zwei Flüchtigen handelt es sich um Nabi Özdoğan, der in der Operation 'Rote Laterne' in Ankara gefaßt wurde und gegen den der Prozeß derzeit noch weitergeht. Er hatte sich das Organisationsmitglied Mehmet Ali Teke ausgesucht, um nach Griechenland zu gelangen, von wo die Organisationsangehörigen nicht ausgewiesen und wo sie ein ruhiges Leben führen können.

Hürriyet vom 27.09.1982

Die Räuberbande wurde gefaßt

15 Angehörige der Volksbefreiungsarmee der Türkei, Weg der Revolution (THKO/TDY), unter ihnen 3 Mädchen, die in den letzten Monaten eine Reihe von Raubüberfällen in Ankara durchgeführt hatten, wurden

nach einer Serie von Operationen gefaßt.

Tercüman vom 04.10.1982

15 Restmilitante einer niedergezwungenen Organisation wurden gefaßt

15 Militante der Organisation 'Rizgari', die nach dem 12. September vollkommen in die Knie gezwungen worden war, wurden in Ankara gefaßt.

Cumhuriyet vom 06.10.1982

In Bergama wurden 12 rechte Militante gefaßt

12 rechte Militante, die im Zusammenhang mit der Ermordung einer Person festgenommen worden waren, wurden nun dem Haftrichter vorgeführt. Dabei ordnete dieser die Inhaftierung von 9 Verdächtigen an, während die übrigen drei Verdächtigen mangels Beweisen wieder freigelassen wurden.

h) FOLTER

Cumhuriyet vom 02.10.1982

Der Prozeß gegen 11 Polizisten begann erneut

Die 5. Kammer des militärischen Revisionsgericht hat den Freispruch im Falle eines stellvertretenden Kommissars und 10 Polizeibeamten, denen vorgeworfen wird, durch Folter während der vorläufigen Haft den Tod des Gefangenen Ibrahim Eski herbeigeführt zu haben, aufgehoben. Im Verfahren am 24. September waren der stellvertretende Kommissar Mustafa Öner und die Polizeibeamten Muzaffer Altıntaş, Bilal Say, Mustafa Seda und Halil Kartal anwesend.

Die Angeklagten Cafer Cam und Kemal Göker waren im Außendienst, Hamdi Akdi im Krankenhaus, Hasan Alatas war nach Kayseri, Erol AYTEKIN nach Kars und Harun Bozokoglu nach Elazığ versetzt worden. Die als Nebenkläger auftretenden Anwälte İsmail Sami Çakmak und İsmail Cevik forderten im Namen der Mutter, daß das Gericht sich der Urteilsaufhebung des militärischen Revisionsgerichtes anschließen möge. Das Gericht beschloß die Ansichten der übrigen Angeklagten einzuholen und dann ein Urteil über den weiteren Verlauf abzugeben.

Cumhuriyet vom 04.10.1982

Das Ministerium empfand 2 Millionen Schadensersatz als 'Wucher'

In einer Antwort des Innenministeriums an den Verwaltungsgerichtshof (Danıştay) führte der juristische Staatssekretär Ahmet Sezai Aydın aus, daß die von den Angehörigen des durch Folter ermordeten Hasan Asker Özmen geforderten 2 Millionen Schadensersatz 'Wucher' seien.

Die für den Foltortod von Hasan Asker Özmen verantwortlichen Polizeibeamten Enver Göktürk, Niyazi Porç und Serdar Kerem waren für schuldig befunden worden und zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Daraufhin hatten die Angehörigen einen Prozeß auf Schadensersatz angestrengt, weil der Staat für dieses 'Versagen' mit verantwortlich sei.

'Die besondere Seite'

Financial Times, 24.9.1982:

*Generals in power to end of decade under draft constitution
Turks face longer military rule*

BY METIN MUNIR IN ANKARA

MILITARY rule in Turkey will be extended at least until the end of the decade under a draft constitution to be submitted to the country's ruling generals.

The consultative assembly, appointed in the wake of the military coup in September 1980, completed the draft yesterday and approved it by 120 votes to seven, with 12 members abstaining.

It will now be reviewed by General Kenan Evren, the head of state and chief of staff, and his National Security Council (NSC) of top generals. The document will be put to a referendum on November 7.

If the constitution is accepted, Gen Evren will become President for seven years. Unlike the figurehead President under the suspended constitution, he will enjoy strong powers: dominating both the

Cabinet and Parliament. He will have the authority to name and fire the Prime Minister and abolish Parliament. He will also appoint many top bureaucrats.

The four other generals in the NSC will advise Gen Evren through the Presidential Council, founded by the new constitution to accommodate them. The council, like Gen Evren, will serve for seven years. It will review laws made by Parliament.

All five generals will enjoy immunity from prosecution throughout their lives.

The constitution also introduces severe restrictions to basic freedoms. Labour rights and the freedom of the press are curtailed.

Furthermore, the constitution embodies a stipulation which will make its amendment over the next

seven years almost impossible. Gen Evren will have the right to send back to Parliament amendments made to the constitution, which require a two-thirds majority of the deputies. To override his objection a majority of three-quarters is required.

Gen Evren and his colleagues seized power with the declared aim of preventing imminent civil war and bankruptcy. Both have for the moment been averted. Law and order has been enforced and the economy, with substantial Western aid, is back on the path of growth.

The constitution indicates, however, that the generals are reluctant to return power to the civilians and go back to their barracks.

Strong criticism of the constitution has come from both Left and Right-wing commentators in the

press. These have been disregarded by the consultative assembly and will probably be ignored by the generals as well.

The constitution is likely to be accepted at the referendum, despite the fact that leading figures in all of the parties which were disbanded after the coup are opposed to it. Gen Evren has gained considerable popularity over the last two years.

General elections are scheduled to be held in the summer of next year or the spring of 1984. Gen Evren and the NSC will remain in power until a new Parliament is elected.

Despite this parliamentary framework, the constitution thus foresees the retention of real power in the hands of the military - under Gen Evren's seven-year presidency - at least until 1989.

Cumhuriyet vom 27.09.1982
Kommentar von Ihan Selcuk

Ein Feiertagsgruß den Häftlingen

Nach meinen Artikeln vom 3. Juli und 13. August, die sich mit der Situation in den Gefängnissen auseinandersetzen, habe ich aus allen Gebieten des Landes Briefe bekommen. Aus der geschlossenen Anstalt in Buca schreibt ein Gefangener: *'Wenn wir etwas verbochen haben, müssen wir denn gleich sterben? Wird jeder, der etwas verbochen hat, gleich zum wilden Tier? ... Die Gefangenen wollen kein luxuriöses Leben oder komfortable Betten. Daran sind sie auch draußen nicht gewöhnt. Es muß nur menschlich mit ihnen umgegangen werden.'*

Ich bekomme Briefe aus den Gefängnissen in Bursa, Kahramanmaraş oder Seyitgazi. Häufig werden den Gefangenen neue Strafen angedroht, wenn sie sich nicht ruhig verhalten. Aus diesem Grunde veröffentliche ich auch die Namen der Menschen nicht. Aber ich weiß es wie meinen Namen, daß das Geschriebene stimmt. Das wissen auch der Justizminister und die anderen Verantwortlichen.

Nun gut, was erwarten wir als Veränderung? Warum stecken wir neben dem Hunger, Schmutz und Druck noch 100 Personen in eine Zelle für 30? An einer Wand im Gefängnis kann man diesen Satz lesen: *'Mit dem Brot einer Person können auch drei Leute satt werden.'* Man fragt mich besser nicht, wo dieser Satz steht.

Einige Leute mögen einwenden, daß es in unserem Lande so viele ungelöste Probleme gibt, und daß die Gefangenen es doch verdient haben, in den Zellen zu sitzen. Aber ehe man sich versieht, kann auch der Schreiber von solchen Zeilen ins Gefängnis wandern. Klare Linien gibt es nicht. Die Grenze zwischen drinnen und draußen ist in der Türkei sehr dünn.

Am Feiertag grüße ich alle Häftlinge und wünsche ihnen Geduld.

IMPRESSUM

TÜRKEI-INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE

V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 180 180, 4800 Bielefeld 18

Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate = 20,- DM, 1 Jahr = 40,- DM

Konto: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, 3981 01-304, BLZ: 250 100 30

Michael Helweg, Kreissparkasse Herford-Bünde, 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der 'türkei-infodienst' erscheint 14-tägig